

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 800 Mark, unter Kreuzband 400 Mark  
Eingetragen in die Volkszeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Rehabilitations- und Expedition: Berlin S 27, Schilderstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Inserationspreis  
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgezeigte Nonpareilzeile 100 Mark,  
Gratulationen die Zeile 60 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 40 Mark.

## Die falsche Rechnung.

(Vorgekäuftes Zuckerbrot für Arbeiter)

„Deutschland ist sehr stark passiv, weil es unproduktiv ist. Ich schätze Deutschlands Unproduktivität auf mindestens 200 Millionen Goldmark monatlich. Daraus entsteht zunächst die Frage, wie die deutsche Volkswirtschaft produktiv gestaltet werden könne. Wir müssen Abzug in der Welt erzielen. Wir können die deutsche Volkswirtschaft nur in Ordnung bringen, wenn wir in der Welt wieder Meistbegünstigung bekommen. Dies ist aber nur möglich, wenn man in Deutschland wieder Zustände herbeiführt, daß das Ausland wisse, das hier demnach wieder in Gold gelöhnt werden müsse, das heißt also, daß ein Dumping über ein vernünftiges Maß hinaus hier überhaupt nicht gemacht werden könne. Die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ist ganz große Ueberarbeit. Ich stehe nicht an zu erklären, daß nach meiner Ueberzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag werde mehr arbeiten müssen, um die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben könne und noch etwas für die Reparationen erübrige. Die Meistbegünstigung auf der Welt müsse das deutsche Volk gegen den Arbeitswillen einhandeln. Dann erst ist die Voraussetzung geschaffen für stabilisierte Valuta und alles, was sonst noch nötig ist. Selbstverständlich werden wir dann unsere Bevölkerung in Gold lohnen müssen. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland auf dem Weltmarkt wieder richtig zur Geltung kommen werde, ohne daß es in Gold lohne.“

Also sprach Stinnes im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. In dieser Rede wird gegenüber der deutschen Arbeiterschaft mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet. Goldlöhne und Mehrarbeit werden angeboten und gefordert. Wie falsch aber die wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit auch die Schlussfolgerungen gesehen sind, ergeben nachfolgende Aufstellungen: Wir hatten 1913 einen gesamten Weltandel von 170 Goldmilliarden. 1921 war er um 1/3 verringert und betrug 120 Milliarden Goldmark. Die deutsche Ausfuhr betrug 1913 10,2 Milliarden Goldmark, 1921 ca. 4,5 Milliarden Goldmark. Die deutsche Ausfuhr ist demnach um mehr als 1/2 zurückgegangen. Wir hätten also, wenn wir im gleichen Maße wie früher in den Weltmarkt einbezogen gewesen wären, für gut 5 1/2 Milliarden Goldmark mehr auszuführen vermocht.

Welche Hauptgründe sind nun maßgebend, daß wir diese Ausfuhr nicht erreicht haben? Der Weltmarkt ist ungesund? Nein! Vielmehr war eine vom Kriege her gebliebene Abneigung gegen deutsche Waren in der Welt vorhanden, die insbesondere dadurch verstärkt wurde, daß in der Welt, hauptsächlich in Amerika, während des langen Krieges für den Ausfall der deutschen Waren eigene Industrien geschaffen worden waren.

Zweitens hatten wir in der Welt keine Meistbegünstigung und nicht mehr die Freiheit, für unsere Ausfuhr günstige Handelsverträge zu schließen.

Drittens mußten wir als unterpatularisches Land unter den Dumpingzöllen leiden, die insbesondere bei dem allgemeinen Niedergang der Weltproduktion, gegenüber der deutschen Industrie ausgerichtet wurden.

Viertens war aber auch die Marktentwertung bisher mit daran schuld, daß in Deutschland mit der Flucht aus der Welt in die Wäre sich ein Sicherungskonsum und damit eine Wüsterausfuhr entwickelte. Die Ursache der verminderten Ausfuhr ist von innen gesehen der Zerfall der Währung.

Dieser Zerfall ist aber derart fortgeschritten, daß er im Zusammenhang mit der sich ausbreitenden Kreditnot, dem verringerten Umsatz und der damit gegebenen Unrentabilität bereits zu Betriebsbeschränkungen im Inlande selbst führte. Obwohl die Inlandspreise vieler Waren bei einem Dollarstand von 8000 die Hälfte der Weltmarktpreise erreicht haben, kann die Ausfuhr trotzdem nicht mehr derart forciert werden, daß die durch diese Preishöhe schon erdrückte innere Kaufkraft und damit der verminderte Inlandsabsatz durch vermehrte Ausfuhr zu ersetzen wäre. Wir haben beispielsweise in der Schuhbranche heute bereits einen vierstündigen Arbeitstag. Wozu also hier noch Mehrarbeit? Soweit aber in anderen Branchen noch „Mehrarbeit“ einen erhöhten Warenlieferungsstand im Inlande gewähren könnte, würde sie nur dem Arbeiter wie dem Unternehmer zur größeren Gefahr werden, wenn — was ja auch Stinnes letzten Endes zu wollen vorgibt, allerdings erst dann, wenn die Arbeiter ihren „Arbeitswillen“ der Welt beweisen hätten — die „Stabilisierung“ kommt. Die Textilindustrie rechnet beispielsweise bereits heute mit einem Warkonsum von 1 bis 2 Jahren. Man kann sich aus diesem Beispiel ein Bild von der furchtbaren Arbeitslosigkeit machen, die über uns kommen wird, die aber um so furchtbarer werden muß, je später und auf je tieferem Stande der Markt die Stabilisierung kommt.

Die Parole der Mehrarbeit des Herrn Stinnes ist also eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung. Sie will von dem Grundproblem ablenken, welches gerade der Gesamtwirtschaft Rechnung trägt, von der Stützung der Währung. Sie ist eine Schuldüberwälzung über den Arbeiter. Sie trägt die Schuld für die Unproduktivität, sondern in der heutigen Situation diejenigen, die nicht gegen den Zerfall unserer Währung eintraten, sondern noch daran mithalfen. Unsinn ist es aber zu glauben, daß die Welt die Meistbegünstigung gegen den Arbeitswillen einhandeln wird. Stinnes müßte ein schlechter Geschäftsmann sein, wenn er wirklich an diesen Handel glaubt. Im Gegenteil! Die Welt würde sich noch mehr gegen die Invasion einer unterbezahlten deutschen Mehrarbeit wenden. Das Zuckerbrot der Goldlöhne stellt aber nichts anderes dar als die Stabilisierung des heutigen Lohnes. Dies kann aber auch nur einem Teil der Arbeiterschaft zugute kommen, weil ja die zunehmende Arbeitslosigkeit dieser „Kunstmaßnahme“ der Goldstabilisierung des Herrn Stinnes ein schnelles Ende bereiten würde. Herr Stinnes meint, daß seine „Wirtschaftscharlatanerie“ von den anderen Ländern nicht durchschaut werde. Geldlöhne gegen Meistbegünstigung heißt für diese in der heutigen Währungssituation trotz allem unterbezahlte Arbeitskraft und Dumpingmöglichkeit. Die Aufhebung der Meistbegünstigung muß aber von selbst kommen, wenn die Krise des Welthandels behoben werden soll. Dazu aber gibt nur eine deutsche Konkurrenz auf einer festen stabilisierten Wertgrundlage die Möglichkeit.

Stinnes will weiter am Zerfall der Währung profitieren. Sein Ruf nach Ueberarbeit entspringt der Hoffnung auf noch weiter verbilligte Arbeitskraft durch die kommende Arbeitslosigkeit. Für die Arbeiter ist es eine Lebensfrage, diese Forderung auf Ueberarbeit ganz entschieden abzulehnen, auch im Interesse der Industrie.

## Das deutsche Valutaproblem.

Keine Wirtschaft kann auf längere Zeit ohne einen festen, unveränderlichen Wertmaßstab, ohne ein stabiles Geld auskommen, ohne schwerste Schäden zu erleiden. Ein Metermaß aus Kautschuk, das — je wie man es dehnt — mal lang, mal kurz ist, ist kein Metermaß. Und ein Gewicht aus einem Schwamm, der — je nach seiner Trockenheit oder Feuchtigkeit — mal schwer, mal leichter ist, ist kein Gewicht. Ein Geld, das jeden Tag, und häufig sogar jede Stunde, einen anderen Wert hat, ist nur noch eine Geldfälschung, aber kein wirkliches Geld. Denn es ist kein zuverlässiger Wertmesser mehr. Der Begriff Geld als Zahlungsmittel im Güterverkehr erfordert unbedingt ein hohes Maß von Zuverlässigkeit und Wertbeständigkeit.

Das deutsche Geld ist kein wirkliches Geld mehr. Das Bedürfnis nach wirklichem Geld hat in der deutschen Wirtschaft dazu geführt, daß inländische Waren auf der Basis fremden, wertbeständigen Geldes, z. B. auf Dollarbasis, gekauft und verkauft werden. Die Finanzfachverständigen haben jüngst darüber geklagt, daß die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz nicht zuverlässig sei. In der Tat zeigt die Außenhandelsstatistik nur die Gewichtsmengen, nicht aber die Wertmengen des Handels richtig auf. Die Gewichtsmengen geben aber kein richtiges Bild vom Handel, weil Kohlen, Ziegelsteine, Rasiermesser, Stednadeln, Seidenstrümpfe usw. bei gleicher Gewichtsmenge ganz verschiedene Wertmengen darstellen. Die Wertmenge ist in Papiermark angegeben. Aber in welcher Papiermark? Am 10. November früh galten 6000 Papiermark einen Dollar und beim Börsenschluß am Mittag 8000. So hatte sich in drei Stunden der Wert der Mark verändert. Was kann man daraus erfahren, wenn der deutsche Außenhandel eines gewissen Zeitabschnittes hundert Milliarden Papiermark beträgt, wenn in dieser Zeit die Papiermark mal 1 Friedenspfennig, mal 0,08 oder 0,12 Pfennige beträgt?

Es ist wirklich ein Gebot von lebenswichtigem Ernst, die Papiermark zu stabilisieren und sie zu einem brauchbaren Wertmesser in der Wirtschaft zu machen.

Die internationalen Finanzfachverständigen haben einstimmig begutachtet, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Stabilisierung der Mark unmöglich ist. Darüber, welche Voraussetzungen für die Stabilisierung der Mark geschaffen werden müssen, sind bis jetzt recht mannigfaltige Ansichten ausgesprochen worden: die einen sagen, erst muß das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden, andere behaupten dagegen, daß erst, wenn die Mark stabilisiert sei, der Staatshaushalt ausbalanciert werden könne; wieder andere sagen, ein Leistungsausschub müsse von der Entente bewilligt werden, worauf die Franzosen antworten: erst Gleichgewicht des Haushalts, dann Moratorium. Wieder von anderen hört man: Mobilisierung des Reichsbankgoldes, innere Anleihen, äußere Anleihen, Steigerung der Produktion durch Mehrarbeit — — — und so weiter. Die einen betrachten die Frage der Marktstabilisierung als ein finanzpolitisches, andere als ein wirtschaftliches, andere als ein politisches (außen- und innenpolitisches) Problem. Was ist von all diesen Re-

zepten das richtige? Keines ist für sich allein richtig, sie sind aber alle miteinander zur Gesamtheit verbunden richtig.

Das deutsche Währungsproblem stellt einen Knäuel von gegenseitigen Abhängigkeiten dar, der nur von der Friedensvertragsseite her entwirrt werden kann.

Durch den Friedensvertrag ist Deutschland gestützt, wertvollster Quellen seines wirtschaftlichen Wohlstandes beraubt und in seiner Wirtschaftsautonomie gelähmt worden. Nur ein paar Zahlen. Durch den Friedensvertrag haben wir verloren:

Von der Gesamtbodenfläche	13,0 Proz
an Einwohnerzahl	8,0 „
an Ackerländereien	15,4 „
an Moorflächen nur	4,8 „
an Vieh	11,5 „
von Kohlenbergbau	10,4 „
von Eisenbergbau	74,5 „
von Zinkbergbau	68,2 „
von Bleibergbau	26,4 „
an Zinkhütten	60,2 „

Die folgenden Zahlen geben ein Bild deutscher Produktionsleistungen einst und jetzt:

	1913	1921
Steinkohlenförderung	190 109 400 To.	136 218 000 To.
Eisenerzförderung	28 607 900 „	6 361 600 „
Eisenergeinfuhr	14 000 000 „	4 300 000 „
Zementproduktion	8 500 000 „	4 000 000 „
Koggenernte	10 131 807 „	6 798 638 „
Weizenernte	4 043 084 „	2 933 820 „
Getreenernte	3 040 218 „	1 938 995 „
Viehschlachtungen	26 099 582 Stück	7 675 642 St.

Trotz der starken Minderleistung deutscher Wirtschaft, die hieraus kenntlich wird, und trotz der Erschöpfung unserer Wirtschaftreserven während des Krieges haben wir an die Entente bisher allein an Bar- und Sachleistungen 18,5 Milliarden Goldmark gezahlt. Um diesen Abfluß deutschen Vermögens leisten zu können, haben wir mit Hochdruck Papiergeld drucken und das deutsche Geld verwässern müssen. Die Folge war, daß zu dieser jeden Tag wässrigeren Papiermark das Ausland und auch das Inland kein Vertrauen mehr hatten. Die Flucht vor der Mark, das Warenhamstern, das Devisenhamstern, die Anzüge in fremden Werten, die stürmische Preisrevolution folgten. Durch die Preissteigerungen wurde in die Massen das Moment fortwährender Verunsicherung getragen, das seelische Gleichgewicht des Lohnempfängers wurde gestört und mit ihm die psychologische Voraussetzung für intensivste Arbeitsleistung. Im Stadium fortwährendem Schwankens der Gelbbewertung und Preisgestaltung wuchs uns das Spekulantentum und Schieberium über den Kopf. Die große Vermögensumschichtung und soziale Neugruppierung begann. Die Hinabsinkenden bildeten ein leichtes Refugiumsgelände für verzweifelte Putschisten. Der Kredit schrumpfte ein, weil Kreditgewährung Geldverlust wurde. Das Schieberkapital verminderte die normale Neubildung industriellen Kapitals. Dadurch verkrüppelte und veraltete unser Produktionsapparat und die technische Produktionsvermehrung. Verbesserungen der Industrie unterließen mehr und mehr. Mit jedem Schritt, den wir tiefer in die wirtschaftliche Verarmung taten, wurden die Reparationskosten größer, sprang der Dollarfuß aufwärts, sank der Wert der Mark, wurde die politische Lage Deutschlands prekärer, wuchs der Abstand zwischen dem Ueberfluß weniger Reicher und dem Mangel der Massen, vermehrte sich das Heer der Valutaausländer, die für ein paar Lumpenpfennige von unserer Armut leben, wurde die Handelsbilanz passiver, fiel die Verschuldung Deutschlands, sank das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Zukunft, steigerte sich der Fatalismus gegenüber dem verhängnisvollen Niedergang Deutschlands im Innern.

Stinnes sagte im Reichswirtschaftsrat: Menschenfänger, man kann keinen Krieg verlieren und zwei Stunden weniger arbeiten. Er irrt sicherlich, wenn er der Meinung ist, daß uns zwei Stunden mehr Arbeitszeit aus der Not brächten. Man muß der Entente zuschreiben: Menschenfänger, man kann nicht ein Volk mit Gewalt bankrott machen und in Verzweiflung und Fatalismus stürzen und dann noch jeden Monat einen Berg Gold fordern.

Alle Versuche, uns mit finanzpolitischen oder rein wirtschaftspolitischen oder psychologischen Plänen aus der Patsche zu helfen und das Problem der Währungsstabilisierung für Deutschland zu lösen, können nicht gelingen, solange nicht der politische Druck und die Ausplünderung der deutschen Wirtschaft seitens der Entente aufhört. Das deutsche Währungsproblem ist mit allen Fasern im Verfall der Gewaltfrieden verknüpft. Der erste Schritt zur Stabilisierung der deutschen Mark muß die Revision dieses Vertrages oder wenigstens ein langfristiger Verzicht auf deutsche Leistungen sein.

### Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Von Paul Herß.

Die Unternehmer haben ihren Feldzug gegen den Achtstundentag eingeleitet. Ihre Forderung wird bei der Arbeiterschaft den stärksten Widerstand finden, da sie nicht nur den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse aufschüssig widerspricht, sondern auch dem volkswirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit und der wissenschaftlichen Erkenntnis, von der die Haltung vieler Nationalökonomien und vieler einsichtiger und großmütiger Männer der Praxis zugunsten des Achtstundentages geleitet war und teilweise auch jetzt noch geleitet ist. So haben einzelne Großindustrielle, die als Besitzer von Hüttenwerken über große praktische Erfahrungen verfügen, erklärt, daß die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit und der vierfachen Arbeitsschicht eine höhere Gesamtleistung gebracht hat, als sie vordem bei der achtstündigen Arbeitszeit und der dreifachen Schicht erzielt wurde.

Wenn damit natürlich auch keineswegs gesagt sein soll, daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden die notwendige Erhöhung der Erzeugung der deutschen Wirtschaft bringen würde, dann sind diese Äußerungen doch beachtenswerte Hinweise dafür, daß die Verkürzung der deutschen Wirtschaft nicht allein abhängig ist von der Verlängerung des Arbeitstages.

Es ist unbegreiflich, wie man an den Feststellungen vorbeigehen kann, die seit Brentanos vorbildlicher Forderung über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung Mitte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Gemeingut des Teils der nationalökonomischen Wissenschaft geworden waren, der nicht in der Vertretung der Unternehmerinteressen seine Hauptaufgabe sah. Und seitdem durch die praktischen Versuche von Abbé in den Feiß-Werken in Jena und von anderen Industriellen in Deutschland und anderen Staaten der praktische Beweis für die Richtigkeit der Brentanoschen Feststellungen geliefert wurde — daß hohe Leistungen nur bei kurzer Arbeitszeit und auskömmlichem Lohn zu erzielen seien — hatten eigentlich nur politisch rückständige und zugleich irrational wirtschaftende Unternehmer das Bestreben, sich der Einführung kürzerer Arbeitszeit zu widersetzen.

Wenn die Unternehmer gegenwärtig gegen den Achtstundentag mit besonderer Heftigkeit ankämpfen, so leitet sie dabei neben dem Bestreben, die Arbeiterklasse in die alte Abhängigkeit zurückzuwerfen, ihre Freizeit und Unabhängigkeit möglichst zu beschränken, auch zweifellos in sehr erheblichem Umfang die Absicht, die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß eine unrationelle Betriebsführung die eigentliche Ursache für den ungenügenden Stand der deutschen Warenherzeugung ist.

Bereits während des Krieges hat der Mangel an der Bevölkerung der Produktionsrichtungen gehindert. In derselben Richtung wirkte die Schwierigkeit der Beschaffung von Maschinen, Geräten usw. und die Sicherheit des Abfahrs auch für die mit hohen Erzeugungskosten hergestellten Produkte. Nach dem Krieg ist die Selbstwertung als größtes Hindernis der technischen Verbesserung der Betriebe und der Vergrößerung der Produktion hinzugekommen. Die Selbstwertung hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gewaltig gesenkt. Sie ist unbeschränkt bei den Waren, die aus Rohstoffen hergestellt sind, die in Deutschland selbst erzeugt werden. Aber auch bei den Waren, für die ausländische Rohstoffe notwendig sind, ist die Konkurrenzfähigkeit außerordentlich gering. Die in Deutschland gezahlten niedrigen Löhne sind es, die die Produktionskosten niedrig halten und die hohen Profite ermöglichen.

Volkswirtschaftlich ist das ein ungeheurer Nachteil. Denn da von allen Waren, die die deutschen Unternehmer zur Herstellung ihrer Produkte gebrauchen, die Arbeitskraft den niedrigsten Preis aufweist, so sind die Unternehmer ungemein stark daran interessiert, möglichst viel Arbeitskraft und möglichst wenig mechanische Kraft bei der Herstellung ihrer Produkte zu verwenden. Denn je größer der Anteil des Lohnes an den Gesamterzeugungskosten ist, um so größer ist der Gewinn des Unternehmers. Da — das ist für uns die Binsenweisheit — die Produktionskosten der deutschen Unternehmer jetzt genau die gleichen sind wie im Auslande, so ist es eben nur der niedrigere Lohn, den der deutsche Arbeiter im Vergleich zu seinem ausländischen Arbeitskollegen erhält, der den großen Unternehmergewinn ermöglicht.

In ungeheurerem Umfang hat das dazu beigetragen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und auch der Landwirtschaft noch nicht wieder den Vorkriegsstand erreicht hat. Irrationale Betriebsführung, mangelhafte Ausstattung der vorhandenen Maschinen, geringe Verwendung der neueren technischen Fortschritte sind somit zu einem Hemmnis der Gesamtleistung der deutschen Wirtschaft geworden. Daß es dazu kam, ist auch die Folge der Tatsache, daß der einzelne Unternehmer sich heute bei der ungenügenden Produktion besser stellt, weil er die durch den Anstieg des Preises an Waren hinter der Nachfrage geschaffene Konkurrenz durch höhere Preise rückwärts ausweichen kann.

Stünde nun diese Zusammenhänge zu verdeutlichen, beizubringen die Arbeiter und die ihnen willfährige Presse, daß die geringe Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine Folge der geringen Leistungen der deutschen Arbeiterschaft ist. Man will nicht anerkennen, daß die Leistungen der Arbeiterschaft im Krieg begriffen sind, teilweise die Leistungen der Vorkriegszeit überschritten haben, weil das ja der Kämpfer gegen den Achtstundentag den Boden entziehen würde.

Es wäre nun natürlich möglich gewesen, die Frage der Höhe der Arbeitsleistung der Arbeiter einwandfrei zu klären. Aber hier zeigt sich wieder einmal die alte Beschränkung, daß die amtliche Statistik alle möglichen Aufgaben ausführt, nur die nicht, die im Interesse der Arbeiterklasse entscheidend sind. Daher kommt es, daß die Unternehmer immer noch mit der Behauptung treten können, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden einen Rückgang der Arbeitsleistung hervorzurufen habe.

Aus dem zwar zerstreuten, aber doch bereits ziemlich umfangreichen Material, das beweist, daß verringerter Arbeitszeit die Leistung heute höher ist als vor dem Kriege, wollen wir deshalb einige bemerkenswerte Auslassungen wiedergeben. So wird im „Hamburger Fremdenblatt“ über die Leistungsfähigkeit der Hamburger Münze folgendes berichtet:

Die Hamburger Münze hat bisher in der normalen Arbeitszeit von 8 Stunden ihren Anteil von 8,17 Proz. fertiggelassen können und, was ein sehr bemerkenswertes und seltenes Moment ist, sie hat mit ihren nicht vermehrten Arbeitskräften trotz der verringerten Arbeitszeit die Leistungen der früheren neunstündigen Arbeitszeit überschritten. Neben einer Vereinfachung und Verbesserung des Betriebes ist dieses Ergebnis durch die große Leistungsfähigkeit der geschulten Beamten, Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen erreicht worden. Die durchschnittliche Tagesleistung der Münze stellt heute in acht Stunden 300 000 Goldstücke her, vor dem Kriege wurden bei einer mehrschichtigen 22 1/2-stündigen Arbeitszeit 500 000 Stück hergestellt.

Noch bemerkenswerter ist eine Mitteilung in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die in einem Aufsatz über: „Die deutsche Rohlenproduktion im Jahre 1921“ berichtet:

Trotz beträchtlicher Verringerung der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeitskräfte von 169 616 Mann im Dezember 1920 auf 158 168 im Dezember 1921 wurden in diesem Jahre etwa 11,4 Millionen Tonnen oder 10,2 Proz. mehr erzeugt als im Vorjahre; gegenüber 1913 betrug die Mehrförderung sogar 35,8 Millionen Tonnen oder 41,0 Proz.

Nun ist zwar aus diesen Angaben, die nicht erkennen lassen, ob während des Jahres doch eine größere Arbeiterzahl beschäftigt war, nicht ohne weiteres eine Mehrleistung des einzelnen Arbeiters erkennlich. Aber selbst, wenn man nur die Zahlen vom Dezember 1920 denen vom Dezember 1921 gegenüberstellt, so zeigt sich diese Mehrförderung ganz deutlich. Mit 169 616 Mann wurden im Dezember 1920 10 111 000 Tonnen gefördert, dagegen mit 158 168 Arbeitern im Dezember 1921 11 029 000 Tonnen. Die Leistung des einzelnen Arbeiters betrug demnach im Dezember 1920 59,6 Tonnen, im Dezember 1921 69,7 Tonnen, also eine Steigerung um 16,9 Proz.

Noch charakteristischer sind die Mitteilungen in der vom Reichsverkehrsministerium herausgegebenen Schrift: „Zur Lage der Reichsbahn“ über die Leistungen der so viel angefeindeten Werkstättenarbeiter. In der Schrift heißt es (S. 22):

Die Angaben der einzelnen Werkstätten für diese Mehrleistungen sind sehr verschieden. Es darf im Mittel angenommen werden, daß der Umfang der Arbeit um 30 Proz. größer ist als im Frieden. Es folgt daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensleistung überholt hat.

Alle diese Zeugnisse über die steigenden Leistungen der Arbeiterschaft sind um so wertvoller, weil die ungenügende Entlohnung, verbunden mit einer mangelhaften Ernährung und den Sorgen des Daseins, zweifellos die mögliche Steigerung der Arbeitsleistung hemmt. Wenn aber trotz der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Arbeitsleistung im Friedensstand erreicht hat oder erreichen wird, dann besteht auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus keine Veranlassung für die Arbeiterklasse, an ihm rütteln zu lassen. Der Achtstundentag ist weder die Ursache der ungenügenden Erzeugung der deutschen Wirtschaft, noch das Hemmnis für ihre Steigerung. Ein viel größeres Hemmnis ist der ungenügende Stand der technischen Einrichtungen, der mangelnde Wille der Unternehmer, wieder wie früher Risiko in den Kauf zu nehmen und die Produktion zu steigern.

Wenn deshalb die deutsche Arbeiterklasse am Achtstundentag als einer kulturell und sozial hochbedeutenden Errungenschaft festhält, dann handelt sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse. Der Achtstundentag ist notwendig im Interesse der Volkswirtschaft. Deren Wiedergewinnung und Aufblühen bedingt als wichtigste Voraussetzung eine leistungsfähige und sozial hochstehende Arbeiterklasse.

### Die Neuregelung der Lohnpfändung.

Durch Gesetz vom 26. Oktober 1922 ist eine Änderung der Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 und deren letzte Änderung vom 23. Dezember 1921 vorgenommen. Die Unpfändbarkeit des Arbeitslohnes betrug bisher 12 000 Mt. und ein Drittel des Mehrbetrages, und soweit ein Schuldner, Ehegatten, frühere Ehegatten, Verwandte und uneheliche Kinder Unterhalt zu gewähren hatte, erhöhte sich dieser Betrag noch für jede Person um ein Sechstel des Mehrbetrages, aber nicht über zwei Drittel des Jahreseinkommens. Der Betrag von 12 000 Mt. ist entsprechend der Geldbewertung auf 20 000 Mt., also um das Zehnfache erhöht.

Ist der Schuldner ledig und hat auch keinem Angehörigen Unterhalt zu gewähren, dann sind 120 000 Mt. und, soweit das Einkommen im Jahre diesen Betrag übersteigt, auch noch ein Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Wenn also der Jahresverdienst eines Arbeiters 150 000 Mt. beträgt, dann sind zunächst 120 000 Mt. und von dem übersteigenden Teil von 30 000 Mt. ein Drittel, also 10 000 Mt., mithin im ganzen 130 000 Mt. nicht pfändbar. Für die Woche umgerechnet würde sich folgendes ergeben: Der Wochenverdienst würde bei 150 000 Mt. Jahreseinkommen 2884,60 Mt. sein. Von diesem sind zunächst 2376,90 Mt. und ein Drittel des diesem übersteigenden Betrages von 507,70 Mt. gleich 169,22 Mt., mithin 2546,12 Mt. unpfändbar sein, der Mehrbetrag aber ohne Einschränkung der Pfändung unterliegen.

Ist der Schuldner aber für seine Ehefrau, geschiedene Frau, für einen Verwandten oder für ein uneheliches Kind zu sorgen, so erhöht sich das unpfändbare Drittel des Mehrbetrages für jede Person, zu deren Unterhalt der Schuldner verpflichtet ist, um ein Sechstel des Mehrbetrages, im Höchstfalle aber auf zwei Drittel. Es bleibt also ein Drittel des 120 000 Mt. übersteigenden Einkommens auf alle Fälle der Pfändung unterworfen.

Die Erhöhung des pfandfreien Mehrbetrages von einem Sechstel für jede unterhaltspflichtige Person findet aber nur statt von einem Einkommen bis zu 360 000 Mt. im Jahr. Soweit das Einkommen diesen Betrag übersteigt, darf von dem Betrag über 360 000 Mt. das Sechstel nicht berechnet werden.

Beträgt das Einkommen eines Arbeiters, welcher eine Frau und ein erwerbsfähiges Kind hat, im Jahr 300 000 Mt., dann sind 120 000 Mt. und ein Drittel von 180 000 Mt., gleich 60 000 Mt., und zwei Sechstel von 180 000 Mt., gleich 60 000 Mt., zusammen also 240 000 Mt. der Pfändung nicht unterworfen, dagegen können aber die 60 000 Mt. voll gepfändet werden. Für die Woche umgerechnet würde sich folgendes ergeben: Der Wochenverdienst würde bei einem Jahreseinkommen von 300 000 Mt. 5769,23 Mt. sein. Hier von würden unpfändbar sein zunächst 2376,90 Mt. sowie ein Drittel von 3392,30 Mt., gleich 1130,75 Mt. und zwei Sechstel von 3392,30 Mt., gleich 1130,75 Mt., zusammen also 4638,40 Mt., wogegen der Mehrbetrag von 1130,75 Mt. ohne Einschränkung pfändbar ist.

Verdient aber ein Arbeiter statt 300 000 Mt. 390 000 Mt. im Jahr, dann würden 120 000 Mt. und ein Drittel von 270 000 Mt., gleich 90 000 Mt., und zwei Sechstel von 240 000 Mt., gleich 80 000 Mt., mithin 290 000 Mt. der Pfändung nicht unterliegen. Bei dem letzten Beispiel dürfen die zwei Sechstel für die Unterhaltspflichtigen nicht von dem 360 000 Mt. übersteigenden Mehrbetrag berechnet werden.

Ändern sich die Familienverhältnisse, dann ändert sich der unpfändbare Teil automatisch.

Eine Ausnahmestellung als Gläubiger nehmen die Verwandten ein, zu deren Unterhalt der Schuldner gesetzlich verpflichtet ist. Diese Gläubiger können unbeschränkt pfänden, allerdings nur Beträge, soweit dieselben nach Erhebung der Klage und für das letzte Vierteljahr vor Erhebung der Klage fällig waren. Beträge, die weiter zurückliegen als ein Vierteljahr, können nur unter Beobachtung der oben erklärten Einschränkungen gepfändet werden.

Die angeführten Änderungen treten mit dem 4. November 1922 in Kraft.

### Aus Ostpreußen.

Königsberg. Die ostpreussischen Brauereien, insbesondere die Königsberger, haben sich in letzter Zeit nicht nur die arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen des ostpreussischen Arbeitgeberverbandes zu eigen gemacht, sondern sie fügen sich auch den rückwärtigen Ansichten des Syndikus des Deutschen Brauerbundes, Dr. Schmidt, in jeder Weise. Die Ratsschlüsse, die Dr. Schmidt in einem Rundschreiben an seine Mitglieder herausgegeben hat (siehe „Verbandszeitung“ Nr. 46, S. 171), macht sich auch die Brauerei Bonarth in Königsberg zu eigen. Sie macht durch Anschlag im Betriebe folgendes bekannt:

„Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das unbefugte Fernbleiben von der Arbeit an Tagen, welche nicht gesetzlich als Feiertage erklärt sind, dem Arbeitgeber einen Grund zur fristlosen Entlassung der von der Arbeit Ferngebliebenen auf Grund des § 123 Ziffer 3 Gewerbeordnung gibt.“

Über die Scharfmachereien des Dr. Schmidt gehen noch weiter. Dr. Schmidt schreckt sogar nicht davor zurück, seine Mitglieder anzufeuern, die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zu sabotieren, wie aus folgendem Protokoll hervorgeht:

„Zu Punkt 2 der Tagesordnung gibt der Referent, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, einen Überblick über die Rechtslage und über die Erfahrungen, die im Braugewerbe mit der Arbeitsfreudung gemacht sind. (Vgl. Rundschreiben der T. A. Nr. 25 vom 25. Mai 1921.) Da vornehmlich die Frage der Arbeitsfreudung in nächster Zeit in den Brauereien praktisch werden wird, ist es wichtig, zu beachten, daß für die Entscheidung, ob eine solche stattfinden soll oder nicht, einzig und allein der Arbeitgeber maßgebend ist. Der Arbeiterschaft oder ihren Organen steht kein Widerspruchsrecht dagegen zu, auch kann der Schlichtungsausschuss nicht eingreifen.“

Auch Vorstehenden hat die Betriebsleitung der Brauerei Bonarth ohne weiteres ein williges Ohr geschenkt und die Arbeitszeit ohne Befragen des Betriebsrates eigenmächtig gestreckt, indem sie Sonnabends nachmittags den Betrieb einfach schließt. Der Schlichtungsausschuss wird in den nächsten Tagen über diese Frage entscheiden.

Gegen solche scharfmacherischen Pläne können sich unsere Kollegen in den ostpreussischen Brauereien nur dann mit Erfolg schützen, wenn sie ihre Organisation hochhalten und nicht durch persönliche Gehässigkeiten und Zänkereien sich entzweien. Die gegenwärtige Zeit erfordert mehr denn je den Zusammenhalt aller Kollegen. Dieses müßte den Kollegen vorstehendes zeigen.

Tilsit. Der Arbeitgeberverband in Tilsit hat mit Schreiben vom 24. Oktober d. J. die Tarifverträge der Tilsiter Brauereien und Mühlen gekündigt. Der Zweck der Kündigung ist ersichtlich. Waren doch die Tarifverträge der Tilsiter Mühlen und Brauereien die günstigsten aller in Ostpreußen abgeschlossenen Tarifverträge in bezug auf Urlaub, Entschädigung in Krankheitsfällen, Hausstrum usw. Scheinbar steckt hinter diesen Maßnahmen auch der ostpreussische Arbeitgeberverband von Königsberg, dem es seit langem nicht gefällt, daß die seitens unserer Organisation mit den ostpreussischen Brauereien und Mühlen abgeschlossenen Verträge günstigere Bedingungen aufweisen, als solche für andere Industrien durch Tarifverträge festgelegt sind.

Wir haben zunächst gegen die Kündigung der Verträge beim Arbeitgeberverband Tilsit Einspruch erhoben, und zwar deshalb, weil die Kündigung tarifmäßig zu einem unzulässigen Termin erfolgt ist. Der Tarifvertrag der Tilsiter Brauereien kann nur zum 1. Juni 1923, der der Mühlen zum 1. Juli 1923 gekündigt werden. Zunächst ist also die Kündigung aufgehoben worden. Die Kollegen können sich aber nun gefast machen, daß der Arbeitgeberverband von seinem Ziele nicht ablassen wird und die Kündigung dann ausprechen wird. Wägen sich die Kollegen in Tilsit schon heute darauf vorzubereiten, daß es gilt, Verschlechterungen für die Zukunft abzuwehren. Die Voraussetzungen zur Abwehrung zu schaffen, dafür werden die Tilsiter Kollegen Sorge tragen. B. Rittsch.

Material für Betriebsräte

Allgemeines aus meiner Praxis als Betriebsrat.

„Betriebsrat werden ist nicht schwer, Betriebsrat sein dagegen sehr.“

Kein Arbeiter, der seine Pflicht als Betriebsrat zu erfüllen sucht und mit ganzer Hingabe seines Amtes waltet, wird dieses bestreiten. Es läßt sich auch gar nicht bestreiten! Die Wahl zum Betriebsrat ist zwar schnell vollzogen; schnell der Würde Würde auf den Hals geladen, aber die Erfüllung der übernommenen Pflicht, zumal wenn ihr konkrete, festumgrenzte, mit den täglichen Mühsalen eng zusammenhängende Versprechungen vorhergingen, nicht selten eine Unmöglichkeit. Ueberhaupt diese Versprechungen, diese Wechsel auf die Zukunft! Mir sind sie zuwider! Nichts versprochen, aber fleißig geschafft, hat bisher jedes Ding noch vorwärts gebracht!

Leider wird dieses alte, aber wahre und so inhaltsreiche Wort auch in der Betriebsrätewegung nicht gebührend beachtet. Wenn auch nicht allein, so aber doch zu einem erheblichen Teile sind gemachte, dann aber nicht einzulösende Versprechen die Ursache, beizeiten den Dienst wieder quittieren zu müssen, die Ursache des riesigen Verbrauches von Betriebsräten. Als Betriebsrat nehme man sich nur einmal die Mühe, eine gewisse Zeit seine Beobachtungen auf den Wechsel in der Befehlsgebung der Betriebsräte einzustellen, und man wird erstaunt sein über den riesigen Verbrauch an Kräften. Wenn dieser Verbrauch an Kräften in unserem Gewerbe auch geringer ist, so ist er doch immerhin stark genug, um beachtet zu werden.

Natürlich ist der oben angegebene Grund nicht ausschließlich die Ursache zu diesem Kräfteverbrauch. Vielmehr bietet das verantwortungsvolle Amt eines Betriebsrates Hunderte von Anlässen, die undankbare und nervenaufreibende Arbeit freiwillig anderen zu überlassen. Nicht selten ist die Belegschaft selbst, ist es das Verhalten der Mitarbeiter, das zur Niederlegung des Postens als Betriebsrat zwingt. Die noch herrschenden Unklarheiten über die Aufgaben der Betriebsräte, die oft vollständig falsche Einschätzung der Macht der Betriebsräte und nicht zuletzt die — man muß bald sagen in unzählige politische Parteien gesplittene Arbeiterchaft, von denen an ihre Anhänger die Forderung der Erfüllung der widersprechendsten Dinge gestellt werden, sind die Ursachen zu oft maßloser Kritik an der Tätigkeit des Betriebsrates. Ist es dann ein Wunder, wenn unter solchen Umständen manch einer die Flinte ins Korn wirft und mit der Bemerkung nicht mehr mittut: „Hannemann, geh du voran; du hast die größten Stiefeln an.“

Damit soll nicht über das für jeden Fortschritt notwendige demokratische Mißtrauen der Stab gebrochen werden. Im Gegenteil! Wer eine Kritik, geboren aus dem Bestreben, vorwärts zu kommen, und getragen von der überzeugenden und dadurch ganz von selbst verständlich wirkenden Sachlichkeit, nicht vortragen kann, ist in der Arbeiterbewegung überhaupt nicht zu gebrauchen. Selbst Kritik, die ganz offensichtlich weit übers Ziel hinausschießt, aber geleitet ist vom besten Willen mitzuhelfen, wird ohne weiteres mit in den Kauf genommen. Denn mit solchen Menschen ist zu diskutieren, ist eine sachliche Aussprache möglich, weil nur der Wille zum Guten, der Wille, der Arbeiterchaft zu dienen, das Leitmotiv ist. Aber was jetzt manchmal geboten wird, und was jetzt manchmal geleistet wird, das geht tatsächlich auf keine Ruhhaut und überschreitet das Maß des Erträglichen wirklich um einige Lichtjahre. Nicht Kritik wird geleistet, sondern persönliche Herabsetzung ist das A und das O alles Tuns.

Solche Kritiker, die jetzt anscheinend noch stärker in Mode kommen, hat sich unser Betriebsrat gleich beim ersten Auftreten gründlich vorgeknöpft, 90 Proz. der Belegschaft stellte sich geschlossen hinter den Betriebsrat und die Worte, die den Kritikern ins Stammbuch geschrieben wurden, passen nicht als dauernde Zierde an den Spiegel. Es mag sein, daß dieses Ergebnis nur darauf beruht, daß unser Betriebsrat fast das einstimmige Ergebnis des Willens der Belegschaft ist. Vielleicht hat auch mitgewirkt, daß alle Betriebsratsmitglieder nur dem Drängen der Belegschaft folgend, nicht dem eigenen Triebe — denn jeder hätte schon sein gerüttelt Bäckchen in der Arbeiterbewegung — in ihr Amt einstiegen. Ganz sicher aber gab den Ausschlag, daß jeder einzelne schon lange, ehe an Betriebsräte gedacht wurde, im Vordertreffen der Arbeiterbewegung gestanden hat und seine Ehrlichkeit unbefristet geltend hatte. Und neben Kenntnissen kommt es auf die Ehrlichkeit an.

Schon zu Hunderten von Malen hat sich in der Arbeiterbewegung die Tatsache als wahr erwiesen, daß es ein Irrtum ist, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Machtverhältnisse zu nehmen, in Aktion zu treten. Neben der Gewerkschaftsbewegung haben die Betriebsräte die Pflicht, hierauf besonders zu achten. Denn genau wie von den Gewerkschaften wird auch von den Betriebsräten die ungehörige Einschätzung gegebener Versprechen verlangt. Nichts schädigt das Ansehen eines Betriebsrates und damit auch seinen Einfluß beim Unternehmer mehr, als wenn er Forderungen anmeldet, die in die Tat umzusetzen er nicht in der Lage ist, selbst nicht einmal einen Teilerfolg erzielen kann. Deshalb ist jeder Betriebsrat verpflichtet, immer und bei jeder Gelegenheit ehrlich und offen zu sagen, was er zu erreichen für möglich hält und was nicht, auch auf die Gefahr hin, mit dem abgedroschenen Rosenamen „Bremsler“ beglückt zu werden.

Das offene Wort darf natürlich nicht nur das Ohr der Belegschaft treffen, sondern auch dem Unternehmer ist in gleicher Weise gegenüberzutreten. Immer ist Wert darauf zu legen, dem Unternehmer ohne alle Umschweife zu sagen, was notwendig ist. Klarheit und Bestimmtheit bei allem, was mit dem Unternehmer verhandelt wird, wird dem Betriebsrat auch vom Unternehmer Achtung abnötigen. Dabei verleiht nicht das „Schlagen mit der Faust auf den Tisch“ den nötigen Nachdruck. Es wäre eine vollständige Verkennung der Wirklichkeit anzunehmen, daß nur eine derbe, mit allerhand Schlagworten der Straße gespläte Rede beim Unternehmer Eindruck findet. Die Leute sind im Durchschnitt schon mit allen Wassern gewaschen. Aus meiner Praxis muß ich vielmehr sagen, daß ein ruhiges,

aber bestimmtes Vortragen des Gewünschten, gestützt auf volle Kenntnis der Materie, viel eher die Möglichkeit bietet, durchzusetzen, was notwendig ist. Denn nur so behält man den Trumpf in der Hand, als Kenner auch geistig die Dinge zu beherrschen.

In der Gesamtheit betrachtet, muß unser Tun als Betriebsrat ausschließlich von dem Grundlag aus orientiert sein, alle die uns zur Verfügung gestellten Aufgaben auch geistig zu beherrschen. Bei der im Durchschnitt geringen geistigen Bildung der Betriebsräte sicherlich ein schweres Beginnen. Aber von welcher Seite man auch die uns zur Lösung gestellten Probleme betrachtet: immer wieder ergibt sich, daß nur volle geistige Beherrschung der Hauptstad fruchtbringender Arbeit ist. Das muß uns anspornen, keine Gelegenheit zu veräumen, unser geistiges Rüstzeug zu ergänzen, zu vervollkommen. Der Gelegenheit bietet sich genug. Gewiß ist auch hier und da einmal Enttäuschung das Ergebnis, aber deshalb den Mut verlieren, hieße tatsächlich einem kleinen Geschlecht angehören. Daneben muß der Austausch gemachter Erfahrungen uns helfen, weiter zu kommen.

Wilhelm Fleischhauer, Vorsitzender im Betriebsrat der Brauerei Sternburg G. m. b. H., Lüßhena-Weipzig.

Bewegungen im Berufe. Malzfabriken.

† Karlsruhe. Die Arbeiterchaft der Malzerei Wimpfheimer ist am Montag, 13. November, in den Streik getreten. Der Tarifvertrag wurde ordnungsgemäß gekündigt und ist seit 1. September abgelaufen. Seit dieser Zeit bemüht sich die Organisationsleitung vergeblich, ein neues Vertragsverhältnis herzustellen. Die Firma ist jeder Verhandlung darüber aus dem Wege gegangen. Sie teilte lediglich mit, daß sie den alten Tarifvertrag weiter laufen lassen will. Auf die vorgeschlagenen Abänderungsvorschläge wurde nicht eingegangen. Daß es die Firma auf eine Provokation der Arbeiter abgesehen hatte, zeigt der bisherige Verlauf der Angelegenheit. Der Hauptstreik bei der ganzen Sache ist der Malzmeister Vogel. Sein Sohn beteiligt sich nicht nur aktiv als Hausvater, sondern hat auch Schüler seiner Klasse dazu herbeigezogen. Ob diese auch zu den Herren Lausbuben zählen, wie jugendliche Arbeiter von einer hohen Stelle bezeichnet werden? Ueber die Selbstlosigkeit des Malzmeisters wird noch einiges zu sagen sein. Auf wessen Kosten seine ausgebehrte Gestaltgeacht und Schweinehaltung unterhalten wird, sollte noch näher geprüft werden. Das Nahrungsmittelamt sollte sich diese billigen Eier nicht entgehen lassen. Das ganze Gebaren der Betriebsleitung ist darauf angelegt, die Arbeiter zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken. Damit werden die Herren aber auf Granit beißen.

Korrespondenzen.

Hamburg. Infolge zunehmender Arbeitslosigkeit werden die Kollegen aller Gruppen dringend ersucht, Hamburg zu meiden.

Lehrach. Am 11. November fand eine Versammlung der Brauereiarbeiter statt, in der lebhaft diskutiert wurde über die schlechte Entlohnung der Brauereiarbeiter. Von sämtlichen Organisationen hier am Plage wird im Brauergewerbe am schlechtesten entlohnt, da ist es kein Wunder, wenn die Kollegen rabiat werden. Nach scharfen Auseinandersetzungen wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß die Löhne der Kollegen mit einem solchen Hungerlohn, den die Brauereibesitzer bezahlen, nicht mehr auskommen können, wenn sie nicht Frau und Kind verhungern lassen wollen. Es wurde scharf kritisiert, daß die Verhandlungen immer so lange hinausgeschoben werden, anstatt daß die Teuerungszulagen immer anfangs des Monats herausbezahlt werden. Die Teuerung ist innerhalb vier Wochen um 150 Proz. gestiegen und die Herren Brauereibesitzer haben uns mit 36 Proz. abgepeist. Da nimmt es einem nicht wunder, wenn die Kollegen gezwungen sind, von der Brauerei abzuschmenten.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Wie ist das zu verstehen? Die „Börsen-Zeitung“ Nr. 44 vom 4. November bringt die auch in der „Verbands-Zeitung“ wiedergegebene Uebersicht über die Beiträge in den Gewerkschaften und fügt dazu den Börsenverband mit 45 Mt. Beitrag. Eingangs schreibt sie: „Um in dieser Zeit der Geldentwertung die Kassenvorhältnisse der Verbände auf der notwendigen Höhe zu erhalten, hat sich das Prinzip der Angleichung des Beitrages an den jeweiligen Stundenverdienst bei der Mehrzahl der Verbände bereits durchgesetzt.“ Trotz der Einschaltung des lächerlich niedrigen Beitrages des Börsenverbandes gegenüber den Beiträgen in andern Verbänden finden wir kein Wort der Aufmunterung, es den andern gleichzutun. Wenn das nicht Bergessenheit ist, müssen wir annehmen, daß der Börsenverband das Prinzip der Angleichung des Beitrages an den Stundenverdienst nicht notwendig hat, oder daß der Stundenlohn anspruchsvoll dem Beitrag ist.

Erhöhung des Heizenpreises. Der Heizenverband erhöhte den Heizenpreis ab 10. November um 95 Mt. pro Pfund; der Heizenpreis beträgt demnach jetzt 270 Mt. das Pfund.

Schultheiß-Bahrenhoffer-Vorschörröden-Offenwerk-Kahlbaum-Konzern. Die Generalversammlungen der einzelnen zu dem Konzern gehörenden Gesellschaften haben der Interessengemeinschaftsvertrag Schultheiß-Bahrenhoffer-Fischbröden zugestimmt. Der Gewinnanteil der Brauereigruppe wird damit von 30 auf 32,425 Proz. erhöht, von diesem Gewinnanteil erhalten auf Grund schließlicher Verteilung Schultheiß-Bahrenhoffer 100/100 und Fischbröden 100/100.

Engelhardt-Konzern. Die seit 1836 bestehende Berliner Viktor- und Spiritfabrik A. G. Gitta ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark umgewandelt worden. Gründer sind die bisherigen Inhaber der Firma Kommerzienrat Albert Gitta und Arthur Gitta, ferner Fabrikbesitzer William Sandmann, Generaldirektor Racher und die mit der Firma in Interessengemein-

schaft stehende Engelhardt-Brauerei A. G. Die neue Aktiengesellschaft übernimmt sämtliche Anteile der Weinbrennerei und Spirituosenhandlung W. Sandmann G. m. b. H. in Berlin, mit welcher die Firma A. G. Gitta bereits seit zwei Jahren zusammengeschlossen ist.

Neugründungen. Unter der Führung der Bank für Brauindustrie Berlin-Dresden wurden die Schleichischen Nahrungsmittelwerke A. G. in Großschick bei Schweidnitz mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark gegründet. Teile der Aktien sind von der Gortauer Sozietätsbrauerei übernommen.

Kampfmeyer-Konzern? Die Schüttmühle, Berlin, ist in den Besitz der Firma Kampfmeyer in Potsdam übergegangen, die bereits über eine Mühle in Potsdam verfügt und die Aktienmehrheit der Sächsischen Mühle besitzt.

Kapitalerhöhungen beantragen: Nährmittelwerk A. G. (Dr. Karl Schwelger) Göttingen um 5 auf 8 Millionen Mark, Sächsischer Mühle A. G. um 8 auf 14 Millionen Mark, Vereinigte Kunstmühlen Danzshut um 8 auf 12 Millionen Mark, Kunstmühle Rosenheim um 8 auf 12 Millionen Mark, Mühle Rünigen um 5 auf 25 Millionen Mark, Wurzener Kunstmühle um 28 auf 56 Millionen Mark, Berliner Viktoriamühle um 45 auf 60 Millionen Mark, Vereinigte Harburger Oelfabriken um 158 auf 200 Millionen Mark.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Reichspressehilfe und Gewerkschaftszettlungen. Der Reichstag hat im Juli dieses Jahres ein Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse beschlossen. Es ist eine Rückvergütungskasse für die deutsche Presse geschaffen worden, aus der ein Zuschuß zu dem Druckpapierpreis gezahlt werden soll. Die Mittel werden aufgebracht durch eine Abgabe, die von den Waldbesitzern und Exporteuren zu zahlen ist. Seit Juli haben die Besitzer von forstwirtschaftlichen Grundstücken von 10 Hektar und mehr 1/2 Proz. des Holzverkaufspreises an diese Kasse zu zahlen. Die Ausnahrabgabe beträgt 1/3 Tausend des Wertes.

Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz sind am 7. Oktober erlassen. Hiernach werden nach § 12 Rückvergütungen auf den Druckpapierpreis gezahlt an die Verleger der politischen Zeitungen und Zeitschriften. Die Entscheidung, welche Zeitungen unter diese Bestimmung fallen, trifft der aus sieben Personen bestehende Verwaltungsvorstand. Im ersten Entwurf der Ausführungsbestimmungen waren neben den politischen Zeitungen noch die religiösen Sonntagsblätter genannt, die rückvergütungsberechtigt seien. Die wissenschaftlichen und beruflichen Zeitschriften und auch die Gewerkschaftszeitungen wurden jedoch nicht dazu gerechnet. Vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wurde verlangt, daß auch alle offiziellen Organe der Berufsvereine rückvergütungsberechtigt sein sollten. Diese selbstverständliche Forderung ist vom Reichsrat nicht berücksichtigt worden. Um nun die offensichtliche Zurücksetzung der Gewerkschaftspresse nicht allzu auffällig erscheinen zu lassen, sind auch die Sonntagsblätter von der Rückvergütung ausgenommen.

Nur soll eventuell nochmals geprüft werden, ob auch die Gewerkschaftszeitungen rückvergütungsberechtigt sein sollten. Das ist aber wohl nichts weiter als eine veräußerte Abföhrnung. Die Stellungnahme des Reichsrats ist unberechtigt und mehr noch unbegründet. Die großkapitalistischen Blätter, die teilweise täglich die Republik beschimpfen und durch ihre enormen Einnahmen aus den Inferaten ohne Rückvergütungen bestehen können, werden unterstützt, und unsere Presse wird davon ausgeschaltet.

Wir verlangen, daß die Reichsregierung schleunigst den Beschluß des Reichsrats korrigiert. Das Verlangen ist so selbstverständlich, daß jedes weitere Wort zur Begründung überflüssig ist.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Warnung vor Zuzug von Arbeitskräften aller Berufe nach dem Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg. Der Ortsausschuß Groß-Hamburg richtet an die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftspresse die dringende Aufforderung, vor Zuzug von Arbeitskräften nach Groß-Hamburg zu warnen. Ganz abgesehen von dem herrschenden Mangel an Unterkunstmöglichkeiten und von der Tatsache, daß Zugereiste der schlimmsten Auspöhrnung von Althermierten preisgegeben sind (gewerkschaftliche Herbergen fehlen in Hamburg), liegen die Dinge so, daß die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag außerordentlich steigt. Zugereiste ist so gut wie keine Gelegenheit in Groß-Hamburg geboten, Beschäftigung zu finden, zumal da die Gewerkschaften mit Nachdruck darauf bestehen, daß zu den vom Staat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgesehenen werdenden Notstandsarbeiten nur in Hamburg staatsanständige Arbeitnehmer zugelassen werden.

Die Teuerungszulage. Die Preise aller Waren kettern mit beispielloser Schnelligkeit in die Höhe. Die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise ergibt nach der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bild:

Großhandelsindex für 88 Waren.

Table with 7 columns: Year, Group I (100), Group II (100), Group III (100), Group IV (100), Group V (100), Group VI (100). Rows include Mitte 1914, Januar 1920, Februar 1922, März 1922, April 1922, Mai 1922, Juni 1922, Juli 1922, August 1922, Septemb. 1922, Oktober 1922, Novemb. 1922.

Der Gesamtindex für diese 98 Waren ist von 43 223 im Anfang Oktober bis auf 94 492 anfangs November, also um nahezu 120 Proz. gestiegen.

Diese Zusammenstellung läßt mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, wohin wir steuern. Die Gewerkschaften werden ihre Kräfte aufs äußerste anspannen müssen, um durch weitere wesentliche Lohnerhöhungen einen Ausgleich herbeizuführen.

Arbeiterversicherung

Die Mutterchaftsversicherung. Die beiden Reichsgeetze über Wochenhilfe und über Wochenfürsorge haben erneut eine Umgestaltung erfahren.

Das Wochenlohn wird nach wie vor auf die Dauer von zehn Wochen gemährt. Seine Höhe ist jedoch bei den einzelnen Gruppen der Wöchnerinnen verschieden.

Das Stillgeld ist für die selbstversicherten Wöchnerinnen in Höhe des halben Krankengeldes zu gewähren.

Der Vorstand der Krankenkasse kann allgemein beschließen, bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden neben der obligatorischen freien ärztlichen Behandlung auch freie Hebammenhilfe und freie Arznei zu gewähren.

Als minderbemittelt und demnach anspruchsberechtigt, auch wenn sie nicht selbst versichert und nicht familienangehörige eines Versicherten ist, gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Einkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15 000 RM. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 30 000 RM. nicht übersteigt hat.

Die neuen Vorschriften treten mit dem Tage der Verkündung, das ist mit dem 29. September, in Kraft.

Verchiedenes

Die Trauung in Rastatt. In der „Frankfurter Zeitung“ vom Sonntag, den 12. November 1922, erstes Morgenblatt, Nr. 811, Seite 2, ist unter vorstehender Epigraphik folgendes zu lesen: Rastatt, 8. November. (Offenbach.) Die Rastatter „Braut“ ruft aufs neue zum Brautweineinbrennen auf.

Aus diesen Tatsachen kann mancher lernen, der lernen will.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene Volkstunftsverlag „Das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Balkonzimmer“ von Wenzel (46 x 56), „Der Kohlentarren“ (56 x 62) und „Ideale Landschaft“ (56 x 65) von Richard Schütz vom 15. November 1922 pro Blatt 200 Mk. beträgt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“: Berlin O. 27, Schilderstraße 61V. Fernsprecher: Amt Köpenickstadt 275

Diese Woche ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung

Zeitungsempfänger!

Bestellt und bezieht nicht mehr Exemplare der „Verbands-Zeitung“ als Mitglieder vorhanden sind; überflüssig gelieferte Exemplare bestellt bei der Expedition der „Verbands-Zeitung“ ab.

Einsendung von Geldern an die Hauptverwaltungen

Die Kassierer der Ortsvereine werden ersucht, bei Einzahlung von Geldern auf der Rückseite der Zahlkarte stets anzugeben, wofür die Gelder bestimmt sind: Quartalsgeld, Extramarken, Protokolle, Inserate usw.

Beträge für Extramarken, Protokolle, Inserate usw. sind nicht in die Quartalsabrechnung einzusetzen.

Zur Beachtung für Ortsvereinskassierer

§ 57 Ziffer 1 sagt:

„Die statutarischen Ausgaben, welche in den Ortsvereinen aus allgemeinen Verbandsmitteln neben den im Statut besonders genannten gemacht werden dürfen, sind wie folgt umgrenzt:

Ausgaben für Agitation und für Lohnbewegung sowie für Verwaltung persönlicher und sächlicher Art als: Fahrgebelter, Diäten, Entschädigungen von Lohnausfällen, Sitzungsgelder, Porto sowie Beiträge für die Ortsausschüsse des A D G B. in Höhe von 50 Pf. pro Quartal und Mitglied.“

Es ist notwendig geworden, auf den Schluß dieser Bestimmungen des Statuts hinzuweisen, die von einigen wenigen Ortsvereinen nicht beachtet sind, weshalb briefliche Mitteilungen erforderlich waren.

Abrechnungen vom 3. Quartal fehlen noch aus folgenden Ortsvereinen:

Jorft, Neustadt a. d. Dosse, Schwiebus, Tempzin, Bochum, Effen, Hamm, Elberfeld, Frankenhäusen, Landsberg b. Halle, Segeberg, Torgau, Burg, Hindenburg, Frankenstein, Glogau, Reife, Stuttgart, Kaufbeuren. Um sofortige Einzahlung wird ersucht.

Ausgeschlossen aus dem Verband

Ausgeschlossen wurde auf Antrag des Ortsvereins Liegnitz das Mitglied Birth, Buch Nr. 232 430; auf Antrag des Ortsvereins Tullingen das Mitglied Michael Biermaier, geboren 28. September 1901, eingetreten am 20. Juli 1922.

Geschmigte Lokalbeiträge

Crimmitschau 2 RM. ab 46. Woche; Schwewe 2 RM. ab 41. Woche; Clegel 3 RM. männliche, 2 RM. weibliche ab 1. November; Tullingen 5 RM.; Hagen i. W. 8 RM.; Göttingen 6 RM. ab 46. Woche; Wriezen 1 RM.; Bremerhaven 6 RM. männliche, 3 RM. weibliche ab 1. November; Glauchau 2 RM. ab 40. Woche; Erfurt 8 RM. ab 9. November; Gießen 5 RM. ab 42. Woche.

Straßports

musste bezahlt werden: Oberglogau 4 RM., Kalkenkirchen 10 RM., Steffin 4 RM., Brihwalt 4 RM., Bartenstein 4 RM., Pajewall 2 RM., Eisenach 2,50 RM., Chemnitz 4 RM., Allenstein 10 RM., Osterburg 1,80 RM., Düßeldorf 1,60 RM., Hameln 16 RM., Bremerhaven 12 RM., Schönebeck 8 RM., Bernburg 5 RM.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Germania-Briefmarken nicht mehr benutzt werden dürfen, jede Postsendung mit einer Germania-Briefmarke wird mit Straßporto belegt.

Materialbestellheine nicht als Drucksache befördert werden, auch hierfür muß Straßporto gezahlt werden. Man bestelle praktisch das Material auf Postkarten, wenn die Befestigung nicht mit anderen Sendungen zusammen im Brief geschieht wird.

Der Verbandsvorstand

Eingänge der Hauptkasse

vom 13. bis 18. November.

(Postbestands der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Holzschuhfabrik G. m. b. H., Berlin O. 27.)

Hagen i. B. 14 000,—; Hamm i. B. 37 000,—; Kuhlbad 70 000,—; Lantshut 90 000,—; Stadthagen 14 479,15; Waren i. B. 17 198,05; Lübeck 36,—; Jany 2,—; Cöln 15 697,—; Dresden 60 460,—; Freyburg 3600,—; Glauchau 10 000,—; Jany 5917,89; Ragdeburg 30 000,—; Reufalz

7000,—; Schönebeck 3552,20; Wehlar 8000,—; Darlehmen 5124,70; Berlin 100,—; Salzweil 20,—; Dresden 5,—; Memel 3067,78; Würzen 3519,50; Schönebeck 6219,70; Berlin 18 000,—; Arnstadt 13 000,—; Dortmund 100 000,—; Eisenach 20 000,—; Glatz 5000,—; Götting 30 000,—; Hannau 2000,—; Lübeck 33 092,96; Bregenz 7000,—; Quedlinburg 10 000,—; Schweinfurt 14 000,—; Ueterlen 7000,—; Berlin 17,— und 100,—; Zwickau 6550,15; Wschaffenburg 24 000,—; Briege i. Schl. 10 000,—; Christianstadt 6000,—; Döbeln 15 000,—; Flensburg 15 000,—; Güstrow 5000,—; Memmingen 20 000,—; Minden 15 000,—; Northeim 6634,—; Dagenheim 8000,—; Rastenburg 20 104,90; Salzgungen 2000,—; Schwabach 17 000,—; Wilsnack 1739,—; Steffin 330,—; Berlin 14 712,—; Delsnik 120,—; Bielefeld 14 915,—; Hameln 8529,30; Dessau 50 000,—; Donaueschingen 22 000,—; Effen 70 600,—; Gießen 10 000,—; Hamm 18 000,—; Jime-nau 2995,—; Lindau 9000,—; Ribniz 3000,—; Schleswig 9900,—; Weimar 9500,—; Wilhelmshafen 5106,—; Beuthen 106,—; Leipzig 1140,—; Rosenheim 336,—; Berlin 554 000,—; Riesa 665,—; Chemnitz 48 643,70; Berlin 50,—; Döbeln 8385,—; Crimmitschau 1572,—; Eisenach 2400,—; Riesa 6794,90; Chemnitz 38 240,—; Dresden 50 000,—; Gadebusch 4000,—; Glatz 20 000,—; München 100 000; Simmerberg-Lindau 10 000,—; Uelzen 7000,—; Wistler 9992,75; Chemnitz 72,— RM.

Berichtigung: In Nr. 46 der „Verbands-Zeitung“ muß es unter Egersleben heißen: 2073,— RM.

Materialverhand

(R. = Mitgliedsarten B = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Ziffern (a 60 usw.) angegeben.)

Osternburg: 100 a 32, 100 a 56. Treptow: 200 a 56. Hannau: 100 a 48. Unterweißbach: 100 a 32. Pajewall: 400 a 64. Gerdauen: 100 a 48, 200 a 56. Neidenburg: 100 a 24, 300 a 40. Osnabrück: 200 a 56, 300 a 64, 200 a 72, 300 a 80. Leobschütz: 400 a 32, 500 a 88. Lübz: 300 a 56. Würzburg: 1000 a 72, 600 a 80. Erlangen: 500 a 80. Schwäbisch-Gmünd: 500 a 40. Mainz: 100 R., 150 B., 1000 a 88, 3000 a 112. Berlin: 3000 a 136, 3000 a 144. Pritzwitz: 400 a 80. Nürnberg: 5000 a 104. Steffin: 5000 a 112. Ober-Glogau: 200 a 56. Hagen: 700 a 70, 800 a 112. Greiz: 50 a 0,50. Heilmühle: 200 a 72, 200 a 88, 200 a 96, 200 a 104. Hannover: 1000 a 64, 1000 a 72, 1000 a 88, 1000 a 96, 1000 a 104, 3000 a 136. Pflugstadt: 300 a 72, 1000 a 88. Berlin: 400 a 96. Ueterlen: 100 a 104, 600 a 112. Schwabach: 1000 a 104. Erlangen: 20 R., 1000 a 104. Bamberg: 1000 a 104. Ansbach: 1000 a 104. Rasthenow: 100 a 48. Plauen: 100 a 24, 100 a 40, 100 a 48, 100 a 56, 100 a 64, 100 a 80, 100 a 96, 100 a 104, 100 a 112, 100 a 120, 500 a 128. Gera: 200 a 32, 200 a 40, 200 a 56, 200 a 64, 200 a 80. Soltan: 100 a 24, 100 a 64. Trier: 500 a 104, 1000 a 112. Sigmaringen: 200 a 80. Coburg: 200 a 48, 800 a 64. Lübeck: 1000 a 104. Uelzen: 100 a 56, 200 a 80. Gadebusch: 100 a 56, 100 a 80, 10 a 96. Tilsit: 20 a 18, 180 a 30. Oranienburg: 300 a 96. Eisenach: 100 a 36, 100 a 40, 100 a 48, 100 a 68, 400 a 72. Ulin: 1000 a 64, 1000 a 72. Freiburg i. Baden: 300 a 120. Wolfach-Bieberach: 300 a 120. Themar: 100 a 32, 100 a 56, 100 a 64. Kalkenkirchen: 100 a 48, 100 a 56. Erfurt: 20 R., 400 a 72. Causterberg a. Harz: 20 R. 600 a 72, 400 a 80. Döbeln: 300 a 48. Schwabach: 400 a 80. Kempten: 20 R., 1000 a 72, 20 a 12, 210 a 14, 210 a 20, 240 a 28, 3 a 32, 188 a 44, 137 a 46. Darlehmen: 100 a 40, 100 a 64. Mülheim: 500 a 112. Weiburg-Söhneberg: 100 a 72. Elberfeld-Barmen: 50 B., 1000 a 64, 3000 a 112. Heidenheim: 400 a 44. Coblenz: 2000 a 120. Mannheim: 500 a 36. Zweibrücken: 600 a 136. Worms: 300 a 72, 800 a 80, 2000 a 88. Jany: 200 a 48, 400 a 72. Krappitz: 20 R., 200 a 40. Stendal: 100 a 32, 400 a 80. Goltzow: 100 a 80. Köslin: 2000 a 72. Flensburg: 600 a 80. Elbing: 200 a 24, 400 a 72. Götting: 600 a 104, 500 a 112, 1000 a 120. Berlin: 2000 a 62, 3000 a 80, 10 000 a 144. München: 2000 a 56, 6000 a 64, 1000 a 80, 5000 a 88, 18 000 a 96. Cöln: 500 a 96, 5000 a 112. Dresden: 200 a 58. Frauenburg: 100 a 48. Gera: 200 a 80. Torgau: 100 a 72, 300 a 120. Steffin: 2000 a 48, 2000 a 80, 4000 a 120. Oldenburg: 500 a 112. Kaiserslautern: 1000 a 120. Tullingen: 400 a 80. Lands-hut: 2000 a 112. Salzweil: 100 a 24, 200 a 56. Lahr: 300 a 72.

Aus den Bezirken und Zahlstellen

Hannenburg a. S. Vorsitzender und Kassierer: Hof. Franke, Besterhauser Str. 60. Uelzen. Vorsitzender: Hof. Biall, Schellenmarkt 18.

Veranstaltungsanzeigen

Jeden zweiten Sonntag im Monat. 2 Uhr bei Reichelt, Doppelner Straße.

Literarisches

Kommentar zur Nachschußverordnung. Von Hans Krilger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Ladenpreis 8. St. 136,50 RM. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Advertisement for 'Mein Ideal-Schuh' and 'Wassertelle Brauerische' featuring images of shoes and a water meter.

Brauer-Holzschuhfabrik Rant, Vertreter Gg. Diehl, Spandau, Alterstr. 29. Garantiert Reinleder, Paar 2400 RM. mit Doppelholzsohlen 3100 RM.